

Trümmerfrauen 1945: "Eine solche Not findet ihre Parallele nur im Dreißigjährigen Krieg"

Die Gnade der künstlichen Geburt

SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Malanowski über die Vorgeschichte der Bundesrepublik (II): Hunger, Kälte, Demontage

Präsident Franklin D. Roosevelt war begeistert: "Das ist das erstemal, daß ich jemanden so etwas sagen höre." Der amerikanische Kriegsminister Henry Stimson hingegen sah "riesige Gefahren" voraus, "wenn wir auch nur versuchen, den Plan ernst zu nehmen". Er warnte: "Solche Methoden bewahren uns nicht vor dem Kriege, sie sind eher dazu angetan, einen zu stiften."

Lob und Tadel galten Finanzminister Henry Morgenthau, einem Freund Roosevelts, der mit seinen "Maßnahmen zur Verhinderung eines dritten Weltkriegs durch Deutschland" in die Debatte "what to do with Germany" eingegriffen hatte. Morgenthau wollte den Deutschen eine Lektion erteilen, ein für allemal. Die Industrienation sollte in "ein Land mit vorwiegend land- und weidewirtschaftlichem Charakter" verwandelt werden; er meinte: "Germany's road to peace leads to the farm."

In seinem Zorn über die deutschen Aggressionen, Kriegsverbrechen und den Holocaust an seinen Glaubensbrüdern kümmerte es Morgenthau offenbar nicht, daß sein "Plan blinder Rache", wie der amerikanische Außenminister Cordell Hull ihn nannte, nicht nur Deutschland ins Verderben, sondern auch Europa ins Chaos und die Weltwirtschaft insgesamt in eine heillose Krise gestürzt hätte.

Morgenthau forderte, im Herbst 1944, die "totale Zerstörung der gesamten deutschen Rüstungsindustrie und Abtransport oder Zerstörung der anderen Schlüsselindustrie, welche für die Wehrmacht grundlegend sind" (und welche waren das nicht?). Das Ruhrgebiet sollte von allen "Industrien entblößt", "alle Industrieanlagen und Ausrüstungen" sollten "vollständig demontiert", "alle Kohlengrubenausrüstungen ... entfernt und die Kohlengruben geschlossen" werden. SS-Männer, Gestapo-Beamte und "ähnliche Gruppen" hätte er am liebsten zur Zwangsarbeit im Ausland verdonnert.

Die "Verantwortung für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes liegt bei den Deutschen selbst", verfügte Morgenthau. Es sei nicht Sache der alliierten Militärregierungen, die deutsche Wirtschaft "zu erhalten und zu stärken". Er nahm in Kauf, daß Millionen Deutsche verhungerten.

Morgenthau wollte Deutschland aber auch in Stücke reißen (was Roosevelt, Churchill und Stalin zunächst ebenfalls erwogen hatten). Ostpreußen, der südliche Teil Schlesiens, das Saarland und die Gebiete zwischen Mosel und Rhein sollten an Rußland, Polen und Frankreich abgetreten, das Ruhrgebiet, das Rheinland und die Gebiete nördlich des Nord-Ostsee-Kanals internationalisiert, was dann noch übrigblieb, in zwei Staaten, einen nördlichen und einen südlichen, geteilt werden.

Auf der Konferenz in Quebec, im September 1944, präsentierte Roosevelt den Morgenthau-Plan seinem Bundesgenossen Churchill, der, in "reizbarer und bissiger Stimmung", zunächst ablehnte; er wollte England nicht an ein "totes Deutschland" fesseln. Dann stimmte er doch zu, denn auf diesem Treffen ging es auch um die Frage, ob Amerikaner

oder Briten den Nordwesten des Reiches, einschließlich Ruhrgebiet, besetzen würden, und außerdem brauchte London dringend Dollar-Hilfe.

Das britische Kabinett lehnte trotzdem ab, und 14 Tage später wollte auch Roosevelt nichts mehr von dem Kahlschlag seines Freundes wissen. Da zeigte er sich "ehrlich verblüfft", notierte Stimson; "er könne sich nicht vorstellen, wie er das habe unterzeichnen können. Er müsse es offenbar ohne viel Nachdenken getan haben".

Doch Morgenthaus Straf- und Vergeltungsplan rumorte weiter in der amerikanischen Bevölkerung, und er steckte in den Köpfen der Deutschland-Denker im US-Außen- und Kriegsministerium. Er schlug sich modifiziert in der "Direktive an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen" nieder, die, nach heftigen Kontroversen, am 14. Mai 1945, sechs Tage nach der deutschen Kapitulation, in Kraft trat.

Diese Direktive JCS 1067 wies die Vereinigten Staaten, urteilt Harold Zink, Chefhistoriker der US-Militärregierung, "als ein kurzsichtiges Land aus, weitgehend motiviert durch Rache und wenig Einsicht in die fundamentalen Probleme einer Besetzung".

"Es muß den Deutschen klargemacht werden", hieß es in der Direktive, "daß Deutschlands rücksichtslose Kriegfüh-



US-Präsident Roosevelt, Morgenthau 1944: "Plan blinder Rache"

rung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben." Nichts sollte, frei nach Morgenthau, unternommen werden, was "zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen" könnte oder

geeignet sei, "die deutsche Wirtschaft zu stärken".

Vorsorge sei nur zu treffen, "soweit sie zum Schutz der Sicherheit und zur Befriedigung des Bedarfs der Besatzungsstreitkräfte und zur Sicherstellung der Produktion und Aufrechterhaltung von Lieferun-gen und Dienstleistungen notwendig" ist, um "Hungersnot oder Krankheiten und Unruhe, die eine Gefährdung dieser Streitkräfte darstellen würden", zu vermeiden.

General Clay wie seine Berater, Lewis W. Douglas (für Finanzen) und William H. Draper (für Wirtschaft) waren "entsetzt", als sie die "streng geheime Kommandosache" zu Gesicht bekamen – nur zehn Tage vor Beginn ihrer Deutschland-Mission. "Wie die anderen grundlegenden

Schriftstücke, in denen die alliierte Politik bestimmt wurde", kritisierte Clay, "war auch dieses ... ohne Wissen um die Wirklichkeit, die wir vorfinden sollten, aufgesetzt worden." Dieses "Ding", schimpfte Douglas, "haben ökonomische Schwachköpfe zusammengestellt".

Douglas flog nach Washington, um Abhilfe zu schaffen. Als ihm das nicht gelang, wurde er "immer trübsinniger", beobachtete Clays politischer Berater Murphy, und trat zurück. Clay sprach von einem "Karthago-Frieden", ihm war klar, daß "Deutschland verhungern müßte", wenn es bei den drakonischen Richtlinien bliebe.

Es blieb nicht dabei, obgleich die US-Regierung, unter starkem Druck der öffentlichen Meinung, bis zum Juli 1947 offiziell an ihrer Direktive festhielt. Das Potsdamer Abkommen der "Großen Drei" - US-Präsident Truman, Briten-Premier Clement Attlee (der Churchill abgelöst hatte), Kremlchef Stalin - vom August 1945 verschaffte General Clay vor Ort den gewünschten Spielraum, um die schlimmsten Auswirkungen der Deutschlandpolitik im fernen Washington zu lindern. "Jetzt waren wir direkt verpflichtet", stellte Clay mit Genugtuung fest, "Deutschland auf eigene Fü-Be" zu stellen.

"Während der Besatzungszeit ist Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten", hatten Amerikaner, Briten und Sowjets in Potsdam vereinbart, und, weder im Sinne Morgenthaus und seiner Anhänger noch der US-Direktive JCS 1067, festgelegt: Die deutsche industrielle Produktion solle ausreichen, um in Deutschland einen Lebensstandard zu erhalten, der den Durchschnitt europäischer Länder nicht überschreitet.

Andererseits scheiterte das Potsdamer Vertragswerk zuallererst an den Bestim-



Demontage 1950*: 2284 Anlagen auf der Liste

^{*} In Salzgitter, dem früheren Sitz der "Reichswerke Hermann Göring".

mungen über die Zukunft der deutschen Wirtschaft, mithin über das Los der Deutschen. Das Gerangel um Reparationen und Demontagen, die das ausgepowerte Deutschland zu leisten hatte, und der französische Widerstand gegen die in Potsdam beschlossene zentrale Wirtschaftsverwaltung aller vier Zonen beschleunigte das Zerwürfnis der einstigen Verbündeten – und die deutsche Teilung.

Während die Sowjets, vertragswidrig, ihre Zone ausplünderten, und sich auch die Franzosen nach Belieben bedienten, machten Briten und Amerikaner, widerwillig, Millionen an Steuergeldern locker, um die Deutschen über Wasser zu halten. Die Reparationspolitik lieferte den Amerikanern – ein Jahr nach dem Krieg – schließlich den Hebel, mit den Sowjets zu brechen und mit den (West-)Deutschen anzubändeln.

Dabei war der sowjetische Anspruch auf Reparationen nur zu berechtigt. Die Deutschen, die in der Sowjet-Union gehaust hatten, schlimmer als einst die Vandalen in Rom, mußten dafür büßen. Ausgehend von sowjetischen Angaben bilanzierte Historiker David Horowitz Verluste und Schäden:

Zwischen 15 und 20 Millionen sowjetischer Bürger waren getötet worden, die Deutschen hatten 15 Großstädte, 1710 Kleinstädte sowie 70 000 Dörfer völlig oder teilweise zerstört; sie hatten 6 Millionen Gebäude niedergebrannt bzw. verwüstet und 25 Millionen Menschen obdachlos gemacht; sie zerstörten 31 850 Industriebetriebe, 65 000 Kilometer Eisenbahnstrecke, 4100 Bahnhöfe, 36 000 Post-, Telegraphen- und Fern-

sprechämter, 56 000 Meilen Hauptstraßen, 90 000 Brücken und 10 000 Kraftwerke; sie vernichteten 1135 Kohlenbergwerke und 3000 Ölquellen ...

Sie plünderten 98 000 Kolchosen und 2890 Maschinen- und Traktorenstationen ... Sie plünderten und zerstörten 40 000 Krankenhäuser und Polikliniken, 84 000 Schulen und Universitäten sowie 43 000 öffentliche Bibliotheken mit 110 Millionen Bänden; sie zerstörten 44 000 Theater, 427 Museen und 2800 Kirchen.

Die sowjetischen Reparationsansprüche sollten, laut Potsdam, durch "Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden"; daran sollten auch die Polen teilhaben. Entsprechend durften sich die westlichen Reparationsgläubiger in den Westzonen schadlos halten. Zur Demontage freigegeben wurden das "deutsche Kriegspotential", aber auch die "für die erlaubte Produktion nicht erforderlichen industriellen Einrichtungen".

Den Sowjets wurden obendrein 25 Prozent der in den Westzonen abzubauenden Industrieanlagen zugestanden, wovon sie 15 Prozent im Austausch gegen Nahrungsmittel und Rohstoffe und 10 Prozent ohne Gegenleistung erhalten sollten.

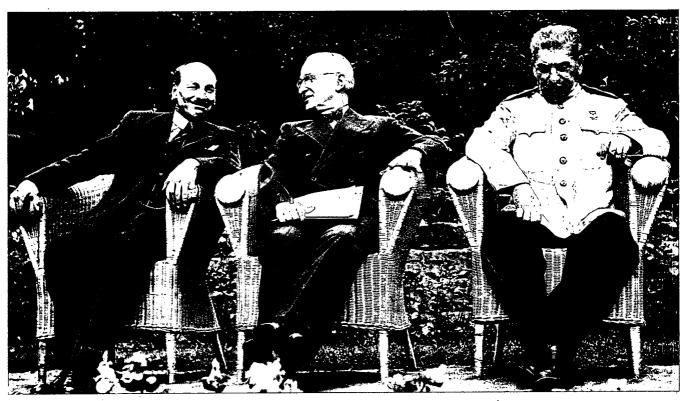
Mit ihrer hartnäckig schon auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 erhobenen Forderung, Reparationsleistungen auch aus der *laufenden* Produktion zu entnehmen, setzten sich die Sowjets nicht durch. In Potsdam war vielmehr, wenn auch nicht ganz eindeutig, entschieden worden, daß die Export-Erlöse "aus der laufenden Produk-

tion in erster Linie für die Bezahlung von Importen bestimmt" seien. Ebenso scheiterte der Versuch Moskaus, den sowjetischen Reparationsanspruch auf 10 Milliarden Dollar festzuschreiben.

"Es kann nicht daran gedacht werden", widersetzte sich Churchill in Jalta, "daß ein Land, das ausgebombt, geschlagen, aufgeteilt und zur Bezahlung jeglicher Einfuhren unfähig ist, diese Summe bezahlen kann." Am Ende würden sonst, lautete seine Kosten-Nutzen-Rechnung, die Briten die Importe bezahlen, die "Deutschland vor dem Verhungern retten sollen, während andere (gemeint war die Sowjet-Union) die Reparationen beziehen". Und so kam es denn auch.

Die Westmächte waren aus dem Schaden klug geworden, den ihre Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg angerichtet hatte. Damals sollten die Verlierer, nach ersten Forderungen, 226 Milliarden Goldmark berappen, nach dem Youngplan von 1929 immer noch 34,9 Milliarden, zahlbar bis 1987/88 – ein "Tribut", der die deutsche Volksseele gegen den "Schmachfrieden" von Versailles am Kochen hielt (obwohl, nach Alliierten-Berechnungen, tatsächlich nur ein Zehntel der erstgenannten Riesensumme auf das alliierte Reparationskonto überwiesen wurde).

Gleichzeitig wurden den Deutschen die Märkte versperrt, die sie für den Absatz ihrer Produkte brauchten, um die Kriegsschulden erst einmal zu erwirtschaften. Der gestörte Kreislauf trug dazu bei, daß in den dreißiger Jahren die Weltwirtschaft zusammenbrach.



Allilerte Attlee, Truman, Stalin in Potsdam 1945: "Deutschland auf eigene Füße stellen"



General Clay, Berater Murphy 1946: "Das haben Schwachköpfe zusammengestellt"

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollten die Deutschen die Zeche hauptsächlich mit Sachlieferungen bezahlen. Aber immerhin sollten ihnen "genügend Mittel" bleiben, "um ohne auswärtige Hilfe zu bestehen".

Wie sie, schlecht oder recht, bestehen sollten, regelte der Industrieplan des alliierten Kontrollrats vom März 1946. Darin wurde ein Lebensstandard offeriert, der, ausgerechnet, dem des Krisenjahres 1932 entsprach, als es in der Weimarer Republik sechs Millionen Arbeitslose, 18 934 Selbstmorde – und 13,8 Millionen Nazi-Wähler gab. Ferner bestimmte der Industrieplan, was verboten war und was die Deutschen beschränkt oder frei produzieren durften.

Insgesamt wurde die industrielle Produktion gegenüber dem Vorkriegsstand von 1938 auf 50 bis 55 Prozent gedrosselt. "Kriegswaffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmittel", "Flugzeuge und Seeschiffe aller Typen" durften im entmilitarisierten Deutschland natürlich überhaupt nicht hergestellt werden, aber auch "Kugellager", "schwere Werkzeugmaschinen", "schwere Traktoren" und Funkausrüstungen, sogar Motorräder mit einem Hubraum von mehr als 250 Kubikzentimetern standen auf der Verbotsliste.

Für andere Bereiche wurden Höchstgrenzen festgesetzt, für die chemische Grundindustrie 40 Prozent (von 1936), für Stahl 5,8 Millionen Tonnen pro Jahr (1936: 19,2 Millionen Tonnen, Bundesrepublik 1987: 36 Millionen Tonnen). Die Stahlwerke, die nicht für die Demontage vorgesehen waren, sollten "nach Möglichkeit veralteten Typs sein".

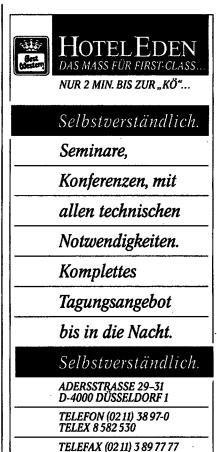
Die Deutschen durften höchstens 40 000 Personenkraftwagen (Bundesrepublik 1988: 4,34 Millionen) und 10 000 Traktoren bauen, aber nur "leichte". Der abgerissenen Bevölkerung wurden für 1949 pro Kopf "10 kg" Textilien und Bekleidung zugestanden, an Schuhwerk "1,7 Paar".

Auf der alliierten Demontageliste – die von den Westmächten allerdings schon bald erheblich zusammengestrichen wurde – standen insgesamt 2284 Industrieanlagen, davon 496 aus der britischen, 185 aus der amerikanischen, 236 aus der französischen und 1367 aus der sowjetischen Zone, darunter große Brocken, wie die Kriegsmarinewerft Wilhelmshaven, hochkarätige Anlagen von Krupp, Thyssen, Siemens, AEG, aber auch Schokoladenfabriken von Sarotti und Trumpf.

Konrad Adenauer fürchtete schon: "Durch diese Demontagen wurde ... die Zukunft des deutschen Volkes für viele Jahrzehnte vernichtet."

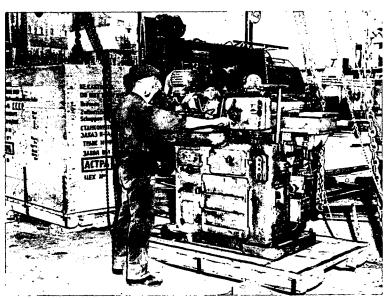
Gleich nach Kriegsende, noch bevor wenigstens auf dem Papier Einigung über Reparationen und Demontagen erzielt worden war, machten sich vor allem die Sowjets ans Abräumen. Sie packten ein und schafften weg, unter anderem mehr als die Hälfte der Industrien für schwere Maschinen - Fahrzeugbau, Elektronik, Elektrizitätsgewinnung, für Feinmechanik und Optik, für Stickstoffgewinnung und Kunstfaserherstellung insgesamt mindestens 40 Prozent des Industriepotentials (von 1936). Vieles davon verrottete schon auf dem Abtransport oder schließlich in der Sowjet-Union.

Darüber hinaus verwandelten die Sowjets 129 Firmen kurzerhand in "Sowjetische Aktiengesellschaften" (SAG), darunter Europas größtes Chemiewerk, Leuna, das Bunawerk (zur künstlichen Herstellung von Gummi) bei Merse-











Sowjet-Reparationen 1946*, verwüstete Sowjet-Union 1942: 1725 Städte, 70 000 Dörfer völlig oder teilweise zerstört, 90 000

burg, 80 Prozent der Kaligruben und große Teile der elektronischen Industrie, des Fahrzeug- und Maschinenbaus.

Die Franzosen hielten mit, nach dem Motto ihrer Militärregierung: "Unsere unmittelbare Sorge muß es sein, Deutschland wieder zum Arbeiten zu bringen und gleichzeitig seine Aktivitäten in eine Richtung zu lenken, die unseren Interessen entspricht." Für die in Frankreich angerichteten Kriegs- und Besatzungsschäden – von Paris auf 40 Milliarden Dollar veranschlagt – sollten die Deutschen unter französischem Regiment "mit Kohle von der Saar, Holz aus dem Schwarzwald und den Agrarprodukten aus Württemberg und der Pfalz" zahlen.

Neun Zehntel der Exporte aus ihrer Zone dirigierten die Franzosen ins Mutterland und bezahlten dafür höchstens 80 Prozent des tatsächlichen Wertes. Sie beuteten die Rohstoffquellen aus, entnahmen Unmengen aus der laufenden Produktion, was gegen das Reparationsabkommen verstieß, und reservierten ganze Industriezweige für den eigenen Bedarf.

Besatzungssoldaten und deren Angehörige nährten sich, anders als Amerikaner und Briten, aus dem Lande, nach der Faustregel: 200 Gramm Fleisch pro Kopf der Bevölkerung im Monat, 225 Gramm pro Besatzer plus Anhang am Tag. Auf diese Weise brachten es die Franzosen fertig, ihre kriegsbeschädigte Zone mit Gewinn zu verwalten, während Amerikaner und Briten Milliarden zuschossen. Bis 1948 verbuchte der französische Fiskus einen Devisengewinn von 335 Millionen Dollar.

Was die französische Militärregierung obendrein an Besatzungskosten abkassierte, übertraf, bezogen auf das Sozialprodukt der Zonen, sogar den Zugriff



Französische Besatzer, Deutsche 1947*: "Einseitige Ausbeutung"

der Sowjets. Und so kam Washington zu der offiziellen Einschätzung, Paris mache sich eine "Politik einseitiger Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen Deutschlands zu eigen".

Die Deutschen wüßten noch gar nicht, wie arm sie seien, schrieben die Chefs der Provinzial- und Länderverwaltungen der britischen Zone im November 1945 in ihr "Detmolder Memorandum" über die wirtschaftliche Lage. Sie stellten fest, der deutsche Produktionsapparat sei "nahezu auf die Anfangszeiten der Industrialisierung zurückgeworfen" worden.

Was allerdings weit übertrieben war. Die Industrie, auch die Rüstungsindustrie, hatte den Krieg, auch den Bombenkrieg, überraschend glimpflich überstanden. Die Flächenabwürfe angloamerikanischer Bomberpulks – wie die deutschen Stukas eine Notlösung im Luftkrieg, weil Einzelziele schwer auszumachen und zu treffen und überdies besser geschützt waren – galten vor allem den

Städten, dem Transport- und Verkehrswesen.

Der Kriegsverlust an westdeutscher industrieller Kapazität wird mit lediglich 8,1 Prozent veranschlagt. Tatsächlich hatte sie – im Vergleich zu 1936 – sogar zugelegt, eine Folge des Investitionsbooms von 1935 bis 1942, der auf die Aufrüstung und den Kriegsbedarf zurückzuführen war. Auch die tatsächlichen Demontageverluste waren weit geringer, als angenommen worden war, insgesamt schätzungsweise 7,3 Prozent.

Der Gütegrad der deutschen Industrie erreichte am Ende des Zweiten Weltkrieges seinen höchsten Stand seit dem Ersten Weltkrieg. Technische Neuerungen hatten die Arbeitsproduktivität in manchen Bereichen erheblich gesteigert.

Der Bergbau an der Ruhr hatte, fanden britische Kontrolloffiziere heraus, "kaum Schäden erlitten". Die Förderanlagen seien "in wenigen Monaten" soweit herzustellen, daß sie "fast wie-

Oben links: Abtransport von Anlagen der Firma Kugelfischer in Schweinfurt; rechts: Stalingrad. Unten: in Mainz.



Kolchosen geplündert

der die volle Produktion aufnehmen könnten".

Die Stahlindustrie verlor – nach einer Aufstellung des US-Bomberkommandos – "nicht mehr als ein paar Hochöfen und wichtige Maschinen"; nur ein einziges Walzwerk war total zerstört.

Krupp-Direktor Professor Eduard Houdremont meinte, die "Stahlproduktion an der Ruhr könne innerhalb von vier Monaten auf 2/3 oder sogar auf 3/4 der Kriegsproduktion steigen, wenn Kohle, Transportmöglichkeiten und Arbeitskräfte verfügbar wären".

Arbeitskräfte waren bald vorhanden, wegen des Millionen-Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten, mehr denn je. Kohle gab es in Deutschland reichlich, und, obgleich nicht in genügendem Maße gefördert, bildeten sich die ersten Halden, während die Bevölkerung vor kalten Öfen fror: Denn die geförderte Kohle konnte nicht befördert werden.

Das Transport- und Verkehrssystem war zusammengebrochen, und das war die eigentliche Crux. Allein in den letzten 16 Kriegsmonaten, seit Januar 1944, warfen Engländer und Amerikaner 457 284 Tonnen Bomben auf Schienen, Straßen, Brücken, 194 682 Tonnen auf Treibstoff produzierende Werke, 379 254 Tonnen auf Städte.

Von den 60 000 Kilometern Reichsbahnnetz, auf dem vor dem Krieg zwei Drittel aller Güter befördert wurden, war ein Drittel unbefahrbar, 12 828 Weichen waren kaputt. Von 22 400 Lokomotiven, 578 000 Güterwagen war die Hälfte, von 64 000 Personenwagen waren zwei Drittel schrottreif, der Rest meist in schlechtem Zustand. Zerstört waren, durch feindliche Bomben oder eigene Sprengungen, 33 von 34 Eisenbahnbrücken über Rhein und Weser, 22 von 34 über die Donau.

50 000 Tonnen Stahl und Beton und 1500 Schiffswracks lagen im Rhein,

3455 Wracks in den Häfen von Hamburg, Kiel und Bremen auf Grund. Auf den Wasserwegen ruhte jeglicher Verkehr.

Von den 13 000 Straßenkilometern in der britischen Zone waren nur noch 1000 passierbar, ähnlich sah es in der US-Zone aus. In Darmstadt gab es, so der damalige Oberbürgermeister Ludwig Metzger, "nur zwei bis drei Straßen, die wenigstens in der Mitte befahrbar waren". In Jülich schlugen amerikanische Soldaten, berichtete Landrat Wilhelm Johnen, "mit Räumfahrzeugen quer durch die Trümmerwüste Schneisen, ohne Rücksicht auf das alte Straßennetz".

Doch Aufräumkommandos, vorneweg die legendären Trümmerfrauen, schafften, unterstützt von alliierten Pionieren, erstaunlich schnell Remedur.

Ex-Nazis, ab 16, wurden zwangsverpflichtet. Auf Anordnung der US-Militärregierung mußten sie "an einem Tag der Woche ohne Rücksicht auf die Art ihres Berufes ... und ohne Berücksichtigung ihres Titels oder Amtsgrades" die Schippe in die Hand nehmen, "unentgeltlich". Amputierte wurden "im Rahmen ihrer körperlichen Befähigung" eingesetzt.

Bereits ein Jahr nach Kriegsende waren in der britischen Zone fast alle Schienenwege wieder offen, die meisten Straßen und der Rhein in voller Länge befahrbar.

Doch mitten im anlaufenden Wiederaufbau setzte es einen verheerenden Rückschlag. Der eisige Winter 1946/47 legte die Wirtschaft lahm, warf die Produktion auf den unmittelbaren Nachkriegsstand - 29 Prozent gegenüber 1936 - zurück und ließ die von Krieg und Nachkriegsstrapazen ausgemergelten Deutschen zu "kraft- und hoffnungslosen Wesen" verkommen. "Was wir er-leben", klagte ein "Ernährungsrat der deutschen Ärzte", sei "die Vernichtung der geistigen und körperlichen Substanz eines großen Volkes". Ein jeder, "auf der ganzen Welt", mache sich mitschuldig, "wenn er nicht alles tut ... Abhilfe zu schaffen".

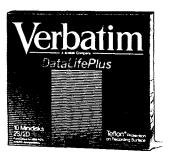
Der frühere amerikanische Präsident Herbert Hoover, der nach Deutschland gekommen war, um Abhilfe zu schaffen – "Hungersnot darf dort nicht herrschen, wo Amerikas Flagge weht" –, faßte nach einer Inspektionsreise seine Eindrücke zusammen: "Die Masse des deutschen Volkes ist ... auf den niedrigsten Stand gekommen, den man seit hundert Jahren in der westlichen Zivilisation kennt." Mehr als die Hälfte der 6595 000 Kinder und Jugendlichen fand er "in erbärmlichem Zustand", desgleichen die 17 910 000 "Normalverbraucher".

"Eine solche Not findet ihre Parallele nur im Dreißigjährigen Krieg", bilanzierte der Bremer Senator für Wirtschaft, Gustav Harmssen, der das Massenelend dokumentierte, und Konrad



Keine Panik!

Verbatim DataLifePlus[®] ist die erste Diskette mit Teflon-Beschichtung.



Einer DataLifePluse kann so schnell nichts passieren: Fingerabdrücke, Staub, Asche, Kaffee; Säfte, Korrekturflüssigkeit, ja sogar Nagellack lassen sie nahezu unberührt. Denn die Teflon-Oberflächenbeschichtung sorgt dafür, daß Ihre Daten unversehrt bleiben.

Außerdem sind alle DataLifePlus^e-Disketten für IBM-PCs und kompatible Computer vorformatiert, Dadurch sind sie sofort einsatzbereit. Sie sparen Zeit bei der Erstellung von Sicherheitskopien und – was noch wichtiger ist – Sie laufen niemals Gefahr, irrtümlich die Festplatte zu formatieren.

Vertrauen Sie Ihre Daten einer Diskette an, die rundum sicher ist: der DataLifePlus.[®] Ab sofort auch in 2S/HD-Qualität für AT-Anwender erhältlich.

Verbatim

Verbatim GmbH, Frankfurter Straße 63-69, 6236 Eschborn, Telefon 0 6196/90 01-0, Telex 4 072 819, Telefax 0 6196/90 01-20. Adenauer, der selbst Bettelbriefe an Verwandte und Bekannte richtete ("Der Koks ist nicht angekommen!"), fragte sich, "was aus allem werden soll"; er fürchtete, "daß noch Millionen Deutsche sterben werden".

Es war jene Zeit, da Kölns Erzbischof Joseph Frings von der Kanzel verkündete, jedermann könne sich, "um sein Leben und seine Gesundheit zu erhalten, das nehmen, was er dazu nötig hat", klauen fortan "fringsen" genannt wurde, Heinrich Böll "nie das geringste Bedenken" hatte "zu stehlen", ein amerikanischer Journalist die Stimmung im Volk so beschrieb: "Lieber satte Nazischweine als hungernde und frierende Demokraten."

Die Hungerration für "Otto Normalverbraucher", jene klapprige Nachkriegserscheinung, die ohne Zuschlag vegetieren sollte, war längst weit unter das Existenzminimum, das vom Genfer Völkerbund mit 2400 Kalorien pro Tag Margarine waren viel zu gering, um sie als Brotaufstrich zu verwenden.

Zur Arbeitsstelle nahmen die Männer 2-3 Scheiben trockenes Brot und/oder einige Pellkartoffeln mit. Das Mittagessen bestand aus Kartoffeln und eingedicktem Gemüse, noch häufiger aus Kartoffeloder Gemüsesuppen. Aus selbst gelesenen Ähren stampfte man Grütze, die die Suppen anreicherte. Das Gemüse stammte aus dem eigenen Garten oder war, wie die spinatähnlich schmeckenden Brennesseln, frei gewachsen ... Das Abendessen bestand meist aus mit Gemüse und Äpfeln verkochten Kartofeln, Bratkartoffeln waren wegen der Fettknappheit seltener.

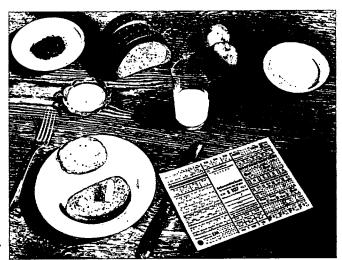
Verzweifelte Familienväter wandten sich an die ebenfalls hilflosen Behörden:

Die Ernährungsgrundlage bildeten bisher die Kartoffeln. Obwohl es davon täglich nur eine Mahlzeit gab ... ist der auf Einkellerungsscheine bezogene Kartoffelvorrat nunmehr aufgebraucht. In der Hauptsache deshalb, weil die Kartoffeln... so schlecht waren, daß mindestens

ein Drittel davon als Abfall verlorenging. Außerdem litten die Kartoffeln ... sehr stark unter dem Frost ... Das Brot allein reicht unmöglich aus ... Ich bitte deshalb das städtische Wirtschaftsamt, mir einen Weg anzugeben, wie ich zu Kartofeln kommen kann, um meine Kinder vor dem ... Verhungern zu bewahren.

Wer à la (Lebensmittel-)Carte leben mußte, geriet tatsächlich in Lebensgefahr, wie jene 700 Insassen der Irrenanstalt Grafenberg bei Düsseldorf, von denen in einem Vierteljahr 160 starben.

"Hamstern" wurde zur Überlebensplage. Einzeln oder in Rudeln klapperten alt und jung die Bauernhöfe in der nahen und weiten Umgebung ab, um zu bitten, zu betteln, um ein paar Kartoffeln, eine Handvoll Mehl, oder zu tauschen: Pelzmäntel, Schmuck, Bestecke, Uhren gegen Wurst, Schinken, Brot, Butter. Dem deutschen Nährstand füllte es die Scheuer, Teppiche im Kuhstall, den meisten Hamsterern, vor allem denen mit den leeren Händen, oft nicht





Tagesration Essenausgabe

Katastrophenwinter 1946/47: "Die Masse des deutschen Volkes ist auf den niedrigsten Stand gekommen, den man seit hundert

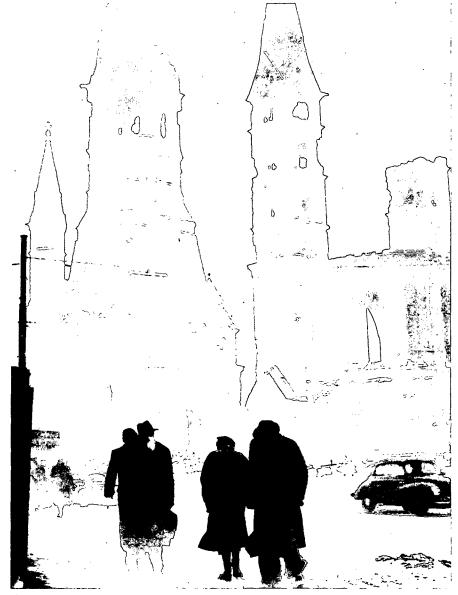
veranschlagt worden war, gesackt. In der "102. Zuteilungsperiode", vom 26. Mai bis zum 26. Juni 1947, wurden laut Lebensmittelkarten in der britischen Zone pro Tag zugeteilt, aber nicht einmal auch immer verteilt: 215 Gramm Brot, meist aus dem wenig nahrhaften Mais, 11 Gramm Fleisch, 7 Gramm Fett, 107 Gramm Magermilch, 4,5 Gramm Käse, 18 Gramm Zucker, 18 Gramm Fisch, insgesamt 738 Kalorien pro Tag, zuwenig für eine zünftige Brotzeit. In diesen Wochen gab es weder Kartoffeln noch Nährmittel.

In einer Studie über die "Hungerjahre" stellte Historiker Karl-Heinz Rothenberger den Speiseplan zusammen:

Das Frühstück bestand aus Pfefferminztee oder dünnem Malzkaffee ohne Zukker und Milch, Brotration von 200 Gramm (= 5 Scheiben) mußte über den gesamten Tag verteilt werden, d. h. am Morgen wurden 2 Scheiben auf der Ofenplatte geröstet und mit Marmelade oder Apfelmus belegt. Die Rationen an Butter oder



Kohlenklau



Kälte in Berlin

Jahren in der westlichen Zivilisation kennt"



Nahrungssuche

einmal für einen Augenblick den Magen.

"Sie stehen viele Stunden im rüttelnden Zug", schrieb die "Stuttgarter Zeitung", sie "übernachten in Wartesälen, bleiben 36 bis 48 und mehr Stunden ohne Schlaf ... Sie müssen Stolz und Scham in sich niederzwingen." Viele hatten Angst, mit leerem Rucksack zu den Hungernden daheim zurückzukehren oder noch vor der Haustür von der Polizei erwischt zu werden.

Der Schwarzmarkt florierte, Umsatz nach amerikanischen Schätzungen 200 Kalorien pro Tag und Schwarzhändler. Aber natürlich konnte sich nur bedienen, wer noch was zu bieten hatte, oder jene, die sich bei Bauern oder Winzern verdingten, in Naturalien gelöhnt wurden und es verstanden, im "Ringtausch" kleinen oder größten Stils den Mehrwert zu mehren.

Wer, beispielsweise, bei einem Winzer arbeitete, bekam am Tag drei Flaschen

Wein; Bauern rückten dafür fünf Kilo Mehl heraus, und für 15 Kilo Mehl gab es ein Paar Schuhe.

Annemarie Renger, seinerzeit rechte Hand des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, zitiert das Beispiel eines Bergmanns, der wöchentlich 60 Mark verdiente und ein Huhn besaß, das in derselben Zeit fünf Eier legte: "Davon aß er eins selbst; die vier übrigen tauschte er gegen 20 Zigaretten. Diese stellten auf dem schwarzen Markt einen Gegenwert von 160 Reichsmark dar. Das Huhn 'verdiente' also . . . fast dreimal soviel wie der Bergmann in sechs Tagen harter Arbeit unter Tage."

Von 100 Männern waren 92, von 100 Kindern 80, von 100 Frauen 52 unterernährt. In Großstädten betrug das Gewichtsdefizit 20 Prozent und mehr. Die Mediziner von der Freiburger Universität schlossen aus eigenen Untersuchungen, "daß wir uns bereits im Zustand einer weit fortgeschrittenen Hungerkatastrophe befinden".

Diphtherie und Typhus nahmen erheblich zu. Hunderttausende litten an Hungerödemen, Millionen zerkratzten sich Beine und Arme, weil sie von jukkender Krätze befallen waren. Die Tuberkulose grassierte. In der britischen Zone wurde eine Zunahme von 85 Prozent verzeichnet (im Vergleich zu 1938). Hunger und Kälte versetzte das Land, erinnerte sich Bürgermeister Kaisen aus Bremen, "in einen Leidenszustand ... der kaum noch zu überbieten war".

285 Menschen erfroren in diesem Winter allein in Berlin. 55 000 waren wegen Frostschäden in ärztlicher Behandlung. Die Polizei durchkämmte in Berlin Wohnungen und Häuser und fand 16 000 Alte und Gebrechliche, die hilflos in ungeheizten Räumen kauerten und tagelang nichts gegessen hatten. 200 Berliner nahmen sich im Januar 1947 das Leben.

"Die in Notwohnungen und Baracken untergebrachten Personen leiden entsetzlich unter der Kälte", hieß es in einem Bericht des Wirtschaftsamtes Landau. "Dort erstarren auch die Kartoffeln zu Eisklumpen. Da die Holzzuteilungen nicht reichen, verfeuern diese Leute jetzt ihre Möbel."

Seit Oktober 1946 hatte es keinen Hausbrand gegeben, also durchbrachen, beispielsweise in Hamburg, Tausende täglich die Sperren auf den Güterbahnhöfen und plünderten die Kohlenzüge. Täglich wurden Hunderte verhaftet und, ein paar Stunden später, von Schnellstgerichten abgeurteilt, meist zu Geldstrafen, weil die Gefängnisse überfüllt waren. Schließlich lag die Kohlenklau-Rate höher als die versprochene, aber nicht gelieferte Feuerung.

"Stromabschaltungen, Einschränkungen im Straßenbahnverkehr und die Schließung von Läden und Betrieben versetzten das öffentliche und wirtschaftliche Leben in einen Zustand frostklirrender Stagnation", berichtete



Ist Ihr Auto auf Fahrerwechsel programmiert?

Er ist groß, sie ist zierlich. Beide sind viel unterweas. Beim Autofahren setzen sie auf modernste Technik und intelligenten Komfort. Zum Beispiel auf unsere elektrische Sitzverstellung. Damit erledigt sich das Thema Fahrerwechsel in Sekundenschnelle von selbst. Denn die individuell richtige Sitzposition beider ist im Memory gespei-

chert und jederzeit per Knopfdruck abrufbar.

Elektrische Sitzverstellungen gibt es für zahlreiche Automodelle als Sonderausstattung ab Werk. Denken Sie daran bei Ihrem nächsten Autokauf.

Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. Kommanditgesellschaft 8630 Coburg



der SPIEGEL im Schreckensjahr 1947: "Selbst Mühlen, Bäckereien und andere Versorgungsbetriebe arbeiten mit Unterbrechungen. Zahlreiche Fabriken ... sind stillgelegt. Angestellte erledigen in Hut und Mantel die dringendsten Büroarbeiten. Die Arbeiterschaft hat Kälteferien."

Hunger und Kälte trieben die Massen auf die Straße. Hunderttausende formierten sich zu "Hungermärschen" und demonstrierten gegen die Besatzungsmächte, denen sie die Schuld an dem Desaster zuschoben, und gegen deutsche Behörden, die den Mangel zu verwalten hatten. Hunderttausende legten die Arbeit nieder; am 3. April traten 300 000 Ruhrkumpel in einen 24stündigen Generalstreik.

In Essen war es, am 30. Januar, zur ersten Protestaktion seit dem Untergang der Weimarer Republik gekommen. 15 000 versammelten sich und forderten "ausgiebige Brotversorgung", "schnellste Heranschaffung aller verfügbaren Kartoffelbestände" und "Todesstrafe für Engrosschwarzhändler durch sofortiges Erhängen", aber auch – im Düsseldorfer Landtag wurde gerade über Sozialisierung debattiert – "Verstaatlichung der Bergbaubetriebe sowie die entschädigungslose Enteignung der Schlüsselindustrien".

Die Gewerkschaften, beispielsweise in Wuppertal, wo 80 000 für vier Stunden die Arbeit niedergelegt hatten, waren, weil ihnen die Kommunisten im Nacken saßen, heilfroh, daß alles in "mustergültiger Ruhe" und "wohldisziplinierter Ordnung" abgelaufen war. Auch in Hamburg, nach einem 120 000-Mann-Streik, wiegelten die Funktionäre ab. Der DGB in der britischen Zone erwartete, "daß, nachdem durch die Arbeitsniederlegung unserer Not und Verzweiflung Ausdruck verliehen wurde, nunmehr die Wirtschaft vor weiteren Störungen bewahrt wird".

General Clay hatte das Unheil kommen sehen. "Der nächste Winter wird auf alle Fälle kritisch werden", schrieb er schon im Mai 1946 seinen Vorgesetzten in Washington, "und wenn es nicht gelingt, die wirtschaftliche Einigung (Deutschlands) vor seinem Anbruch durchzusetzen, wird er fast unerträglich." Er fürchtete, die Misere könnte den "Kommunismus" begünstigen und die "Demokratisierung" behindern.

Wirtschaftliche Einheit war nicht zu haben, also setzte Clay tatkräftig auf deutsche Teilung, die allerdings nicht nur eine Notlösung war. Er trieb die Fusion der amerikanischen und britischen Zone zur Bizone voran, die sich, wie er schätzte, "binnen weniger Jahre" selbst erhalten könnte, wenngleich sie zunächst auf Lebensmittel-Hilfe angewiesen sei.

Am 1. Januar 1947 trat der angloamerikanische Vertrag über die Bizone in Kraft. Beide Zonen, in denen 1946 rund 39 Millionen Menschen lebten, das waren gut drei Fünftel der gesamtdeut-

schen Bevölkerung, ergänzten sich wirtschaftlich auf vortreffliche Weise. Sie umfaßten drei Fünftel des Territoriums und der landwirtschaftlichen Nutzfläche der vier Besatzungszonen. In der britischen Zone ballten sich Schwerindustrie und der lebenswichtige Kohlebergbau, in der amerikanischen hatte sich die verarbeitende Industrie angesiedelt.

Die wachsenden Spannungen zwischen Ost und West hatten den Alleingang beschleunigt. Aber es waren pragmatische Überlegungen vor Ort, vor allem Clays, die ihn ebneten: Wirtschaftsund Massenelend in Deutschland könnten nur überwunden werden, predigte der General, "wenn ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geregelten Austausch von Rohstoffen, Lebensmitteln; Gütern und gemeinsamen Außenhandel erlaubten. Statt dessen wurstelte jede Zone vor sich hin, hermetisch abgeschlossen und allein kaum lebensfähig".

Die Weichen waren gestellt, aber Briten und Amerikaner hatten den Kurs noch nicht endgültig abgesteckt. Der Vertrag über die Bizone sollte nur gelten, "bis ein Abkommen über die Behandlung ganz Deutschlands als wirtschaftlicher Einheit abgeschlossen wird".

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1947 stritten sich die Alliierten, sechs Wochen lang, abermals um die deutsche Frage; ein Friedensvertrag stand wieder auf der Tagesordnung.

Zwei Tage nach Konferenzbeginn funkte der amerikanische Präsident, am 12. März, mit seiner "Truman-Doktrin" dazwischen: "Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen"

Vor dem Kongreß in Washington erklärte er den Kalten Krieg, der schon im Gange war:

In einer Anzahl von Ländern sind den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regime aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert. Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten (gemeint waren die Türkei und Griechenland) ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben ...

Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen.

Nach der Konferenz diagnostizierte der neue Außenminister, General George C. Marshall, im Zweiten Weltkrieg Generalstabschef der US-Armee: "Der Patient verfällt, aber die Ärzte beraten."

Den "Marshallplan" hatte Marshall schon im Tornister. Das Ziel war die "Wiederaufrichtung Europas" und die "Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft".

Alle Staaten, die bereit waren, "beim Wiederaufbau zu helfen", sollten, so Marshall, in den Genuß amerikanischer Hilfeleistungen kommen, alle jene jedoch, die aus dem "menschlichen Elend" politischen Nutzen zu ziehen trachteten, ausgeschlossen werden**.

Die Sowjets, denen solche Absichten offenkundig unterstellt wurden, sollten, wie ihre Satelliten, angeblich am Dollarsegen teilhaben. Hätten sie, schrieb US-Diplomat Murphy, "auch nur ein höfliches Interesse an dem Plan bekundet, dann wäre Washington in arge Verlegenheit geraten". Der US-Kongreß wäre wohl kaum zu bewegen gewesen, Geld für kommunistische Länder lockerzumachen. Doch der Kreml nahm das Ge-

In den USA gab es bei der Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft erste Anzeichen von Stagnation und Abschwung; Rezession, Inflation und Arbeitslosigkeit waren nicht auszuschließen. Nachfrage aus dem Ausland gab es, kriegsbedingt, im Übermaß, aber den Europäern fehlte das Geld, sie zu befriedigen. Zudem waren es die Amerikaner leid, den früheren Kriegsgegner zu alimentieren.

Im Ost-West-Konflikt war der Marshallplan das Pendant zur Truman-Doktrin, der Eindämmungspolitik gegen die Sowjet-Expansion. Im Kampf um Deutschland präjudizierte er die Westintegration Westdeutschlands und die Restauration des kapitalistischen Systems.

Die Sowjets reagierten auf den Marshallplan mit der Gründung der "Kom-



US-Außenminister Marshall (M.) in Moskau 1947*: "Der Patient verfällt"

schenk nicht an und zwang die Staaten in seinem Machtbereich, ebenfalls zu verzichten.

Gewiß war es auch Eigennutz, den die Amerikaner mit dem Marshallplan verfolgten, wie auch anders. Er sollte, hieß es in der Präambel, "Macht und Stabilität" der USA sichern, Absatzgebiete erschließen und die ökonomische Einflußsphäre ausdehnen. Die Amerikaner waren auf den europäischen Markt angewiesen und umgekehrt, um so mehr als sich im Osten ein gegnerisches Staatswirtschaftssystem etablierte. Und der europäische Markt konnte nicht funktionieren, solange die deutschen Kapazitäten brachlagen.

inform" ("Kommunistisches Informationsbüro") zur weltweiten Steuerung der kommunistischen Parteien, einer Neuauflage der 1943 aufgelösten "Komintern" ("Kommunistische Internationale"), mit der die kommunistische Weltrevolution vorangetrieben werden sollte

Stalins Parteiideologe Andrej Schdanow teilte die Welt in zwei Blöcke – den eigenen, "anti-imperialistischen und demokratischen", und den gegnerischen, "imperialistischen, antidemokratischen".

Im nächsten Heft

Wiederauferstehung der SPD – Gründung der CDU/CSU – Konrad Adenauers "Machtergreifung" – Gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947

^{* 2.} v. r.: Marshall-Berater John F. Dulles, 1953 bis 1959 US-Außenminister.

^{**} Westdeutschland erhielt aus dem Marshallplan bis 1952 Hilfeleistungen im Wert von 1,4, Großbritannien 3,4, Frankreich 2,8, Italien 1,4 Milliarden Dollar.